

Beschluss des Landrats vom 15.12.2021

Nr. wird durch System eingesetzt

29. Soziale Kinderbetreuungs-Abzüge 2021/97; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat entgegennehme.

Stefan Degen (FDP) ist namens seiner Fraktion gegen eine Überweisung. Die extreme Progression im Kanton Baselland sorgt heute schon dafür, dass Familien mit tiefen Einkommen sehr, sehr wenig Steuern bezahlen. Die FDP-Fraktion tritt definitiv für höhere Abzüge bei Fremdbetreuungskosten ein, ist aber der Meinung, dass diese Anreize nicht nur sozial, sondern auch gesellschaftlich sprich volkswirtschaftlich nützlich sein sollen. Das würde bedingen, dass auch hoch qualifizierte Personen nach der Babypause rascher und mit höheren Pensen ins Arbeitsleben zurückkehren. Dem Vorstoss kann in der vorliegenden Form somit nicht zugestimmt werden. Es fehlt eine gesamtgesellschaftliche Betrachtung. Bei dem Thema wäre eine Win-Win-Win-Lösung für hohe und tiefe Einkommen sowie für den Staat bzw. die Gesellschaft möglich. Der Vorstoss berücksichtigt hingegen nur spezifische Gruppen, die Gesellschaft würde insgesamt verlieren. Die FDP bietet aber sehr gerne Hand für eine bessere und ausgeglichene Lösung.

Wenn alle sozialen Bedürfnissen zulasten Kanton und Gemeinde gehen sollen, ist man laut **Dieter Epple** (SVP) bald so weit wie in der DDR – und die gibt es heute auch nicht mehr. Familie und Beruf zu vereinbaren ist ein wichtiges Thema. Ist es wirklich schlecht, wenn man im Kantonsvergleich nicht bei den Vordersten ist? Im Gegenteil. Eine Regierung ist genau dort zu loben, wo sie begründet, und nicht unangemessen und mit der Giesskanne, Geld verteilt. Die Regierung und der Landrat haben eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden. Eine Familie, die sich eine Kinderbetreuung nicht leisten kann, kann bereits heute die nötige Unterstützung beanspruchen. Die SVP unterstützt das, wo es nötig ist. Besserverdienende jedoch, die es sich finanziell leisten können, brauchen keinen zusätzlichen finanziellen Zustupf oder einen Steuerabzug. Wie erwähnt ist das Thema wichtig, noch wichtiger aber ist die Eigenverantwortung. Die Gemeinden sind verantwortlich für ein notwendiges Betreuungsangebot, mit vernünftigem und gerechtem Kosten-schlüssel. Auch in der Regierung und in den Gemeinden muss die Eigenverantwortung wieder etwas in Erinnerung gerufen werden, damit nur Geld ausgegeben wird, wo es wirklich nötig ist. Die SVP lehnt begründet das Postulat ab.

Julia Kirchmayr-Gosteli (Grüne) ruft ihren Vorrednern in Erinnerung, dass es gemäss dem Familienbericht für Familien überhaupt nicht vorteilhaft sei, in unserem schönen Kanton zu leben. Dieter Epple sagte, es sei nicht schlecht, nicht bei den Vordersten zu sein. Die Votantin findet dagegen, dass es sogar altbacken und unklug und unmodern ist, bei dem Thema nicht zuvorderst zu sein. Der Staat muss ein grosses Interesse daran haben, dass die Bevölkerung ein Standbein im Berufsleben hat, bei einer Familie müssten es eigentlich zwingend zwei Standbeine sein. Reduziert zu arbeiten heisst oft, eine weniger spannende Arbeit zu haben. Das Schlimme dabei ist eigentlich, dass ein Wissensschatz von gut ausgebildeten Frauen und (etwas weniger häufig) Männern verloren geht, der nicht genutzt wird. Das ist nicht gut für den Staat und die Entwicklung einer Gesellschaft. Zudem müsste man eigentlich das AHV-Loch stopfen, mit möglichst vielen Menschen, die im Arbeitsprozess stehen und Lohn beziehen. Ebenso wichtig ist das im Hinblick auf die 2. Säule. Hier wäre vielleicht eine flächendeckende Information junger Menschen sehr wichtig. Ihnen ist es nämlich oft nicht bewusst, welchen Einfluss das reduzierte Arbeiten auf ihre spätere Pension ha-

ben wird, sprich: Sie erhalten dann deutlich weniger Geld, was wiederum nicht gut für den Staat ist.

Der Kinderbetreuungsabzug bei den Steuern soll sozialer ausgestaltet werden, Kinderbetreuung sollen sich alle leisten können. Die Postulantin dankt der Regierung für die Entgegennahme ihres Postulats.

Saskia Schenker (FDP) hat spontan das Wort ergriffen, nachdem ihre Fraktionskolleginnen und Kollegen vorhin als altbacken dargestellt wurden. Die FDP steht dem Anliegen nicht ablehnend gegenüber, dass es mehr Frauen im Arbeitsmarkt geben soll und dass deshalb auch die ganze Ausgestaltung der externen Kinderbetreuung und der unterschiedlichen Instrumente, die es im Kanton gibt, grundsätzlich angeschaut werden soll. Aber: Es ist nicht alles, was nach externer Familienbetreuung tönt, per se nett und gut und positiv, sondern es wäre doch zu wünschen, dass die Instrumente kritisch hinterfragt werden, unabhängig davon, wo man sich politisch einordnet. Bei bereits progressiv ausgestalteten Steuern zusätzlich einen Abzug progressiv zu gestalten, widerspricht dem System per se. Weiter sei der linken Ratsseite gesagt, dass beim Thema der Kinderbetreuung im FEB-Gesetz diskutiert wurde, ob im Kanton eine Objekt- oder eine Subjektfinanzierung vorherrschen solle. Man konnte sich damals nicht einigen und führte beides ein. Gäbe es jedoch eine reine – von der FDP unterstützte – Subjektfinanzierung und würde man den Eltern direkt einen Betreuungsgutschein zukommen und sie wählen lassen, in welche Institution sie ihr Kind geben wollen, liessen sich diese Gutscheine auch gestaffelt nach Einkommen ausgestalten. Damit hätte man genau den Effekt, der nun von der Postulantin über einen völlig anderen Weg, nämlich über die Steuern, eingefordert wird. Man sollte aber grundsätzlich auch bei den Instrumenten eine klare Linie haben, damit es in sich wieder aufgeht, und dass die Effekte, die man erzielen möchte – nämlich dass es sich lohnt, arbeiten zu gehen, auch wenn man die Kinder in die externe Betreuung geben muss – auch erreicht werden können. Deshalb ist das Postulat abzulehnen, weil damit kein zielgerichtetes Instrument vorgeschlagen wird.

://: Mit 47:35 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
